

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Dresden
Verlags-Gesellschaft: 26241
Ruf-Nr. für Abbestellungen: Nr. 30011
Schiffstraße 1, Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - N. 1, Wartenburgstr. 28/29

Bezugsgebühr bei halbjährlicher Zustellung monatlich 2,40 RM, (einschließlich 30 Pfg. für
Zulage), durch Postweg 2,40 RM, einschließlich 30 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr)
bei halbjährlicher Zustellung, Einzelnummer 10 Pfg., Einzelnummer: Die einseitige 20 mm
breite Seite 25 Pfg., für außerhalb 40 Pfg., Familienangehörigen und Stellenangehörigen ohne Rabatt
15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamenseite 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Offerten-
gebühr 30 Pfg., Kautionsfreie Beiträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Herbig & Reichardt,
Dresden, Wilschstr.-St. 10/11, Dresden,
Nachdruck nur mit ausdrückl. Quellenangabe
(Dresdn. Nachr.) zulässig, Unberechtigter
Schriftdruck werden nicht aufbewahrt.

Die Prager Demonstranten waren bezahlt

Fortgesetzte tschechische Hebe

Prag, 29. Sept. Nach dem Blatt der Partei des ehemaligen Kriegsministers Strizberg, „Expres“, hat die tschechische Partei einen Fonds zur Unterstützung der bei den Krawallen Beteiligten errichtet. Sie bittet um Spenden. An anderer Stelle heißt das Blatt weiter, diesmal nicht mehr gegen die deutschen Sprechfilme, sondern

gegen alle Waren deutscher Herkunft.

Zum Schritt des deutschen Gesandten Dr. Koch beim bevollmächtigten Minister Dr. Krotka schreiben die nationaldemokratischen „Narodni Listy“. Es ist uns nicht bekannt, daß bei den Demonstrationen das Eigentum eines reichsdeutschen Staatsangehörigen oder des Reiches bedroht oder beschädigt worden wäre. Wir schließen daraus, daß der Schritt des Gesandten keine sachliche Grundlage hat. Die tschechischen „Lidove Listy“ sagen: Der amtliche Bericht teilt nicht mit, ob der deutsche Gesandte einen reichsdeutschen Staatsangehörigen genannt hat, dem in Prag ein Leid geschehen ist, oder ob sein Schritt nur die tschechoslowakischen Staatsangehörigen deutscher oder jüdischer Volkszugehörigkeit betraf. Der „Expres“ kündigt an, daß der Schritt des Gesandten ein parlamentarisches Nachspiel haben werde. Nach den internationalen Gewohnheiten habe ein Gesandter nicht das Recht, einzuschreiten, wenn die Ausschreitungen Bürger des Staates betreffen, bei dem der Gesandte akkreditiert ist. Deshalb werden die tschechischen Abgeordneten im Parlament eine Interpellation einbringen.

Ueber die Organisierung der tschechischen Demonstrationen schreibt „Cestá Slovo“: Der tschechische Generalkonsul tagte in einem jüdischen Caféhaus, dessen Fenster nicht eingeschlagen wurden. Es wird der Polizei nicht bekannt sein, daß jedes Mitglied dieses Generalkonsulats 500 Kronen erhielt. Andere Demonstranten erhielten täglich 100 Kronen. Diese hatten die Aufgabe, die Menge auf dem Benzenplatz zu Rundgebungen zu reißen. Die Kerntruppe der Demonstranten war in kleine Gruppen eingeteilt. Jede von ihnen wurde von einem Führer geleitet, der 200 Kronen erhielt.

Unterredung Curtius-Beneš

Genf, 29. Sept. Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte am Montagvormittag eine einstündige Unterredung mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Beneš, die in erster Linie den letzten Unruhen in Prag gewidmet war. Ueber das Ergebnis der Unterredung werden von amtlicher Seite keine Mitteilungen gemacht, jedoch kann angenommen werden, daß Dr. Curtius im Laufe der Unterredung sehr nachdrücklich auf die unerwünschten Auswirkungen derartiger Zwischenfälle und die Notwendigkeit der Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse hingewiesen hat.

Die deutsch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 29. Sept. Die wästen tschechoslowakischen Ausschreitungen gegen das Deutschland in Prag geben neuerdings Veranlassung, über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der tschechoslowakischen Republik einiges zu sagen. Es scheint, daß die tschechischen Kreise, die bei diesen Ausschreitungen als Treiber tätig waren, ganz vergessen, daß Deutschland immer noch der bedeutendste Abnehmer von Erzeugnissen der tschechoslowakischen Wirtschaft ist. Der tschechoslowakische Export nach Deutschland beträgt rund 500 Millionen RM. und besteht vor allen Dingen aus Holzgeräten, Holz, Bauholz, Braunkohlen, Schuhwaren, Wein-, Woll- und

Baumwollgeweben. Daß sich die Handelsbeziehungen nicht im erwünschten Ausmaß entwickeln, ist darauf zurückzuführen, daß zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei seit Jahr und Tag Schwierigkeiten handelspolitischer Art bestehen, die sich trotz größten Entgegenkommens bis jetzt noch nicht haben aufräumen lassen. Erinnerung sei vor allen Dingen an die immer wieder zur Diskussion stehende Frage der Aufwertung der Marktprioritäten, eine Angelegenheit, die der Tschechoslowakei sowohl nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Schweiz und Holland erheblich geschadet hat. Infolgedessen ist es bisher noch nicht zu einem wirklichen Handelsvertrag gekommen, sondern der gesamte Geschäftsverkehr spielt sich auf der Basis eines Wirtschaftsabkommens aus dem Jahre 1921 ab.

Neben diesem Konflikt ist es kürzlich aber auch noch zu einer weiteren Differenz gekommen, denn die Tschechoslowakei verfuhr auf dem Klageweg den reichsdeutschen Brauereien zu verbieten, das nach Pilsener Art in Deutschland gebraute Bier als deutsches Pilsener zu bezeichnen. Dies ist ein Musterbeispiel dafür, mit welcher kleinen Schikanen die Tschechoslowakei auch wirtschaftlich gegen Deutschland Front zu machen vermag. Natürlich hat auch Deutschland ein Interesse an geregelten wirtschaftlichen Beziehungen, nicht zuletzt wegen der starken deutschen Ausfuhr nach der Tschechoslowakei, die im letzten Jahr rund 657 Millionen RM. betrug. Zum großen Teile handelt es sich freilich dabei nur um Erzeugnisse, die Deutschland lediglich als Durchfuhrland passieren. Nicht man diese Waren ab, so verbleiben aber immer noch rund 500 Millionen rein deutsche Ausfuhr, so daß praktisch die Handelsbilanz zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ausgeglichen ist.

Zeugenvernehmung im Reichswehrprozeß

Die Berliner Verhandlungen

Leipzig, 29. Sept. In Beginn des 6. Verhandlungstages im Reichswehrprozeß gibt der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten, vor Eintritt in die Verhandlung folgende Erklärung ab: „Es gehen mir aus den Kreisen des Publikums teils mit teils ohne Namensnennung täglich ungefähr ein Duzend Briefe zu, in denen in mehr oder weniger leidenschaftlicher Weise zugunsten oder zuungunsten der Angeklagten Stellung genommen und auf das Gericht einzuwirken versucht wird. Eine Zuschrift ist sogar so läh — an der Spitze dieses Briefes steht ein Dakenkreuz — zu erklären, ich, der Verhandlungsleiter, sei doch offenbar ein Jude oder ein Jude gewesen, und es sei daher meine Ehrenpflicht, den Vorsitz in diesem Prozeß niederzulegen und ihn in die Hände Adolf Hitlers zu legen. Abgesehen davon, daß ich weder ein Jude bin, noch jemals Jude gewesen bin, ist dieser Briefschreiber doch wohl kaum ernst zu nehmen. Alle diese Zuschriften beweisen aber, wie völlig subjektiv, gefühlsmäßig und leidenschaftlich ein großer Teil des Publikums zu diesem Prozeß Stellung nimmt, übrigens eine Erscheinung, die bei der Verhandlung aufbelebender Strafsachen häufig zu beobachten ist. Sowohl ich, wie meine Richterkollegen sind in völlig unparteilicher und rein sachlicher Weise ernstlich bemüht, in diesem Prozeß das Recht zu

Das Reichsbanner soll aktiv werden

Wilhelmshaven, 29. September. Der Führer des Reichsbanners, Höring, sprach in Wilhelmshaven vor einer Reichsbannerversammlung. Die Wahl, so führte er u. a. aus, habe den republikanischen Parteien eine Niederlage gebracht, aber um so mehr müsse die Republik jetzt verteidigt werden, wenn es sein müßte sogar mit dem Leben. Höring wandte sich gegen die Regierungspolitik und stellte drei Forderungen auf:

1. Erhaltung der Republik,
 2. Ausbau der Republik in sozialer und demokratischer Hinsicht,
 3. Beschaffung von Arbeit für die Erwerbslosen.
- Höring kündigte ein Programm des Reichsbanners an, das er im Einverständnis mit der Bundesregierung aufstellen und in der nächsten Nummer der Reichsbannerzeitung veröffentlichen werde. Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Höring gegen die Nationalsozialisten und besonders gegen Hitler, der ja vor dem Reichsgericht in Leipzig seine Umsturzbestrebungen habe realisieren können. Es sei jetzt an der Zeit, daß das Reichsbanner aus seiner Passivität heraustrete, die Gegner würden nicht nur die Faust spüren. Er wolle sich vor seinen Reichsbannerkameraden nicht noch deutlicher ausdrücken.

Kabinettsrat über das Regierungsprogramm

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 29. Sept. Das Reichskabinett tritt heute nachmittag um 6 Uhr in der Reichskanzlei zusammen, um die inzwischen fertiggestellten Gesetzentwürfe, die das während der letzten Zeit so viel besprochene Arbeitsprogramm des Kabinetts ausmachen, zu verabschieden. Der Inhalt des Regierungsprogramms wird dann, wie bereits gemeldet, im Laufe des Dienstags zur Veröffentlichung gelangen.

Bernehmung des Zeugen Leutnant Färken

eingetreten, der an den Berliner Unterredungen des Angeklagten Ludin beteiligt war. Leutnant Färken hat Ludin 1926/27 als Kadett auf der Waffenschule kennengelernt. 1929 erhielt er von Ludin einen Brief, in dem er gebeten wurde, in einer wichtigen Angelegenheit nach Berlin zu kommen.

Wie sprachen dort, so erklärte der Zeuge, u. a. über die NSDAP und kamen überein, daß einige Ziele — ich betone einige — dieser Partei mit den unsrigen unbedingt konform gingen, insbesondere das Ziel, die Arbeiterschaft für den nationalen Gedanken zu werben. Befreiung vom Versailler Vertrag, so sagten wir uns, sei nur möglich, wenn das ganze deutsche Volk vom Geiste der Wehrhaftigkeit befechtet wäre. Ich hatte nichts dagegen, auf die Aufforderung Ludins festzustellen, welche Offiziere mit uns in diesem Punkt konform wären, und auch nichts dagegen, meine Leute auf den vaterländischen Gedanken hinzuweisen.

Vorl.: Ist davon gesprochen worden, daß es in nächster Zeit zu gewaltsamen Taten kommen könnte. Zeuge: Es ist davon gesprochen worden, daß es nicht dazu kommen dürfte, daß die nationale Bewegung durch die Reichswehr im Reime erstikt werde.

Unter nationaler Bewegung verstehe ich eine solche, deren Ziel es ist, Deutschland von der Schuldbelastung zu befreien und darauf hinzuwirken, daß Deutschland seine Grenzen wieder freibekommt.

Vorl.: Sie haben doch früher gesagt, Ludin habe erklärt, es könne in der nächsten Zeit zu gewaltsamen Taten kommen. Zeuge: Wir haben lediglich den Fall als Möglichkeit besprochen. Vorl.: Hat Ludin Sie ersucht, das gesamte Offizierskorps nationalistisch zu orientieren und einzelne Offiziere zur Wehrwirkung zu werben, sowie die Mannschaften national zu erziehen und fest in die Hand der Führer zu bringen? Endlich, hat er gesagt, daß im Falle einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Nationalsozialisten von ihnen dahin zu wirken sei, daß die Reichswehr sich nicht gegen die Nationalsozialisten wende. Zeuge: Jene, es ist gesagt worden, es dürfe in Zukunft nicht dazu kommen, daß beim Einmarsch der Reichswehr durch die Regierung die letzte nationale Bewegung in Deutschland zugrunde gehe. Von irgendeinem bestimmten Zeitpunkt ist nicht gesprochen worden. Eine Aufforderung zum Ungehorsam wurde unter uns nicht besprochen, es war ein gemeinschaftliches Gespräch, weiter nichts.

Wir besprachen nur allerlei Möglichkeiten. Ich sagte dabei, daß ich von meinem Standpunkt aus einen Putsch für ungeliebter hielte, schädlicher halten würde. Ludin sagte, daß ein solcher Putsch in absehbarer Zeit auch gar nicht in Frage komme. Wir sollten uns nur über diejenigen Offiziere unterrichten, die ähnlich dächten wie wir. Ludin wollte meinen Namen nach München melden. Vorl.: An wen? Zeuge Färken: An irgend einen national eingestellten Menschen.

Auf Befragen erklärt der Zeuge weiter: Es kam dabei auf an, unsere Mannschaften national zu erziehen, das

Keine Wirtschaftsfrent gegen Rußland

Die Genfer Aussprache über die Dumpingfrage abgeschlossen

Genf, 29. September. Die große Aussprache des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Völkerverbundversammlung über die Dumpingfrage ist heute mit der Annahme einer Entschließung abgeschlossen worden, die auf deutschen Antrag hin eine wesentliche Abschwächung des ursprünglichen Entwurfs darstellt. Die Absicht einer Reihe von europäischen Staaten ging dahin, in der Völkerverbundversammlung eine einheitliche Front gegen die fortgesetzten sowjetrussischen Dumpingmethoden zu schaffen mit der Begründung, daß diese Methoden mit einer der Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und steigenden Arbeitslosigkeit darstellten. Im ursprünglichen Ausschusshauptentwurf sprach die Völkerverbundversammlung den Wunsch aus, daß die wirtschaftlichen Organe des Völkerverbundes diese Fragen eingehend untersuchen möchten mit dem Ziele, die Möglichkeiten eines internationalen Vorgehens gegen diese Dumpingpolitik zu schaffen. In der nunmehr angenommenen Entschließung heißt es jedoch lediglich, daß die Völkerverbundversammlung die schweren wirtschaftlichen Folgen der verschiedenen Dumpingmethoden, soweit sie durch eine politische Intervention der Staaten gebremst werden, feststellt und den Wunsch ausdrückt, daß im Rahmen der im Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930 beschlossenen fünfjährigen wirtschaftlichen Verständigungsverhandlungen ein gemeinsames Vorgehen nicht nur hinsichtlich der verschiedenen Formen des indirekten Wirtschaftsschutzs, sondern auch hinsichtlich jeder Art von Dumping gefordert werden soll. Auf Einwirkung der deutschen Abordnung ist damit erreicht, daß der ursprünglich vorgesehene ausdrückliche Hinweis auf die

Notwendigkeit der Bekämpfung der sowjetrussischen Dumpingmethoden durch ein gemeinsames Vorgehen der Staaten fallen gelassen worden ist und nunmehr lediglich eine Prüfung dieser Frage im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen Verständigungsverhandlungen empfohlen wird.

Riesenausfuhr aus Rußland

Massenangebot ausländischen Schiffsraumes

London, 29. Sept. Die Zahl der Fracht- und Tanker-Schiffe, die unter britischer, griechischer, deutscher und italienischer Flagge auf dem Wege nach den russischen Schwarzmeerhäfen in Konstantinopel eintreffen, erhöht sich täglich. Ein Teil der Schiffe liegt am Bosphorus verankert, um die Befrachtung der Ladehäfen durch die sowjetrussischen Behörden abzuwarten. Während im Juli 65 200 Tonnen sowjetrussischen Getreides Konstantinopel passierten, erhöhte sich die Durchfuhr im August auf 354 000 Tonnen und erreichte während der ersten 25 Tage des September 350 800 Tonnen. Die sowjetrussische Petroleumausfuhr, die Konstantinopel passierte, betrug während der letzten drei Monate mehr als 800 000 Tonnen. Sie zeigt jedoch seit Juni eine rückläufige Bewegung.